



┌ Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

An  
Presse – Funk – Fernsehen  
Redaktion Landespolitik Brandenburg

## Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4  
14482 Potsdam  
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0  
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33  
eMail: [mail@stgb-brandenburg.de](mailto:mail@stgb-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>  
Datum: 2007-06-21  
Aktenzeichen: 001-06  
Auskunft erteilt: Monika Gordes

## Pressemitteilung

### **Städte- und Gemeindebund unterstützt Pflegeinitiative**

(Potsdam) Angesichts der alternden Gesellschaft werden Altenhilfe und Pflege zunehmend zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. In besonderer Weise kommt hierbei den Städten und Gemeinden eine Verantwortung zu, im Rahmen der Daseinsvorsorge konkret die Lebensbedingungen für die alternde Gesellschaft zu gestalten. Die Städte und Gemeinden sind insoweit die Kristallisationspunkte, in denen verschiedenste Lebensbereiche wie Aktivität, soziale Kontakte, Wohnen, Versorgung, Hilfe, Betreuung und Pflege gelebt werden. Das Positionspapier des Städte- und Gemeindebundes vom 19. Juni 2006 zur Gestaltung des demographischen Wandels geht auf diese vielfältigen Lebensbereiche der Kommunen bereits ein. Die Pflegeinitiative kann Städten und Gemeinden zusätzlichen Anstoß geben, koordinierend, planend und steuernd tätig zu werden.

Die kommunale Sozialpolitik wird sich zunehmend darauf orientieren, das Handeln des Einzelnen zu stärken und ihn darin zu unterstützen, Verantwortung für Mitmenschen zu übernehmen. In dem Miteinander der Generationen liegt eine Chance für die alternde Gesellschaft. „Die kommunale Vorsorge liegt darin, dieses Zusammenleben in den Städten und Gemeinden zu stärken und beispielsweise die verschiedenen, in der Altenhilfe und im Pflegebereich tätigen Menschen, Organisationen oder Dienste zu vernetzen“ erklärt Monika Gordes, stellvertretende Geschäftsführerin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg. Die

Lebensqualität der Einwohner kann ferner dadurch erhalten oder gesteigert werden, dass Wirtschaft, Stadtplanung und –entwicklung, Wohnungsunternehmen, Anbieter sozialer Dienste und Leistungen, Bildungseinrichtungen, Tourismus, Handel und Dienstleistungsgewerbe, Sportverbände und Kultureinrichtungen sich miteinander verzahnen und ihre Maßnahmen mit Blick auf eine alternde Gesellschaft aufeinander abstimmen. Durch ein abgestimmtes Vorgehen kann es gelingen, dass alte Menschen selbständig und in Würde in ihren Wohnungen mit tätiger Nachbarschaft leben und sie auf Grund präventiver Gesundheitsförderung und sportlicher Angebote auch im hohen Alter weiter aktiv am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen können. Wichtig bei der Verzahnung der verschiedenen Handlungsfelder in den Städten und Gemeinden ist es, die Diskussionen und Gespräche öffentlich zu führen, die Bevölkerung einzubeziehen und zu beteiligen und Ergebnisse öffentlich zu kommunizieren.

Aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg ist die Pflegeinitiative eine gute Gelegenheit, die Menschen in Brandenburg dafür zu sensibilisieren, für sich selbst im Alter Vorsorge zu treffen oder sich über Angebote und Dienste für Senioren zu informieren. Alt sein bedeutet keinesfalls automatisch pflegebedürftig zu sein. Viele Menschen sind bis ins hohe Alter sehr rüstig. Jeder sollte aber für sich selbst frühzeitig Entscheidungen treffen, beispielsweise Vorsorgevollmachten erteilen oder schon jetzt beim Hausbau oder bei dem Kauf einer Eigentumswohnung daran denken, dass sie Beschwerden oder Behinderungen, die das Alter in der Regel mit sich bringt, gerecht werden, zumal die Bevölkerung insgesamt älter wird und es einen wachsenden Bedarf an altersgerechtem Wohnraum geben wird.

Anliegen des Städte- und Gemeindebundes als Partner bei der Pflegeinitiative mitzuwirken ist auch, Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, ehrenamtlich tätig zu werden, anzuregen, sich im Bereich der Pflege zu engagieren. Hierbei können sich gerade auch ältere Menschen angesprochen fühlen. Sie haben mit ihrer Lebenserfahrung eine hohe Kompetenz, die insbesondere im sozialen Miteinander sinnvoll eingesetzt werden könnte. Hierbei geht es nicht darum, durch Ehrenamt sozialstaatliche Leistungen zu ersetzen. Vielmehr will die Pflegeinitiative das Bedürfnis vieler Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren, aufgreifen. „Da die Lebensphase des aktiven Alters glücklicherweise einen immer längeren Zeitraum in Anspruch nimmt, könnten Menschen im Ruhestand ihre Kompetenzen unterstützend einsetzen. Für den Einzelnen selbst würde dies sinnstiftend wirken“, so Monika Gordes.

(3957 Zeichen)